

# Ihr Name

Straße, PLZ, Ort  
Telefon  
E-Mail

[ Empfänger Name ]  
[ Zusatz]

[ Adresse 1 ]  
[ Adresse 2 ]

[ Datum ]

Sehr geehrte(r) Empfängername,

zurzeit werden von einigen Politikern und Parteien das vollständige Führverbot für Messer aller Art sowie die Errichtung ausgedehnter Waffenverbotszonen gefordert. Dadurch soll die Sicherheit des öffentlichen Raumes verbessert und die Zahl von Straftaten deutlich gesenkt werden.

Da beide Maßnahmen weder angemessen noch lösungsorientiert sind, wende ich mich mit meinen Bedenken heute an Sie.

Dem Sachvortrag stelle ich einige Worte zu meiner Person voran. Ich bin ein sozial gut integrierter Ehemann und Vater, übe meinen Beruf engagiert und verantwortungsvoll aus, stehe fest auf dem Sockel unseres Grundgesetzes und... führe im Alltag seit Jahrzehnten mindestens ein Messer mit. Ich bin weder Straftäter noch Terrorist, kein Schläger oder Hooligan, kein Clan-Mitglied, kein Mafiapate und sympathisiere auch nicht mit extremistischen oder gewaltaffinen Gruppierungen. Ich bin ein unbescholtener, rechtschaffener und friedlicher Bürger dieses Landes.

Aber ich bin auch Wähler und nehme mit Entsetzen und Empörung wahr, dass ich für Ihre Partei nun auf einmal ein Gefährder der öffentlichen Sicherheit bin, vor dem die Gesellschaft per Gesetzesverschärfung geschützt werden soll. Das geplante Führverbot von Messern mit Klingnlängen oberhalb von sechs Zentimetern kommt einem Messer-Totalverbot gleich und wird in mein Leben ebenso massiv eingreifen, wie in den Alltag Zehntausender anderer Angler, Jäger, Wanderer, Messersammler und Outdoor-Sportler.

Verärgert bin ich vor allem deshalb, weil die angestrebte Verschärfung des Waffengesetzes überhaupt keine Chance hat, die Sicherheit des öffentlichen Raumes zu verbessern. Personen, die bereit sind, schwerste Straftaten zu begehen und dies in vielen Fällen auch gewohnheitsmäßig tun, werden sich von einem Messerverbot ebenso wenig abschrecken lassen wie von den Strafandrohungen für Körperverletzung, Totschlag oder Mord. Die Behauptung, ein Messerverbot würde die Zahl der Gewalttaten senken, ist genauso kindlich naiv wie realitätsfern.

Andere Länder, wie Großbritannien oder Dänemark, sind diesen Weg bereits gegangen und mussten erkennen, dass durch Messerverbote weder die Zahl der Gewaltdelikte sank noch

Jugend- oder Bandenkriminalität abnehmen. Vor allem bei Jugendlichen, ja sogar bei Kindern, erzeugte das Totalverbot die Tendenz, sich nun erst recht Messer zu verschaffen.

Großbritannien ist mit seiner Politik, das Waffenrecht über vierzig Jahre immer weiter zu verschärfen fulminant gescheitert, wie sich an der heutigen Lebensrealität im Vereinten Königreich und der unvermindert hohen Zahl der dortigen Gewaltstraftaten ablesen lässt.

Dänemark hatte bezüglich Messer bis Mitte 2017 das schärfste Waffenrecht in Europa, erkannte aber die Unsinnigkeit der restriktiven Bestimmungen hinsichtlich der Eindämmung von Gewaltkriminalität. Vor gut zwei Jahren wurde das dänische Messerverbot aufgehoben, seitdem konnte kein Anstieg von Straftaten mit Messern in Dänemark beobachtet werden.

Das Waffenrecht der Republik Österreich enthält keine einzige Beschränkung hinsichtlich Besitzes oder Führens von Messern, dennoch liegt der Anteil der Gewaltkriminalität (prozentual zur Gesamtbevölkerung) etwa um den Faktor fünf unter dem der Bundesrepublik.

Das geplante Messertotalverbot sowie die flächendeckende Ausdehnung von Waffenverbotszonen wird keinen einzigen Straftäter an zukünftigen Taten hindern und trifft nur die Personen, die ohnehin im Einklang mit den Gesetzen unseres Landes leben. Es ist eine perfide Form der Verfolgung Unschuldiger und auch die Tatsache, dass Zehntausende Bürger unter Generalverdacht gestellt werden, steht für mich nicht im Einklang mit den Grundsätzen des Rechtsstaats.

Mein Vorschlag: entschlacken Sie das aktuelle Waffenrecht, durch Streichung unsinniger Verbotsbestimmungen hinsichtlich Öffnungsmechanismen, Verriegelungssystemen und Klingelängen. Ein rechtstreuer Bürger begeht keine Straftaten und dabei spielt keine Rolle, ob die Klinge 6, 8 oder 15 Zentimeter lang ist.

Setzen Sie mit Verboten nicht bei Dingen, sondern bei Menschen an! Sorgen Sie dafür, dass Polizei und Justiz ermittelte Täter wirkungsvoll verfolgen können und dass die Bevölkerung zukünftig vor diesen Tätern und nicht vor verwendeten Tatwerkzeugen geschützt wird.

Ich wehre mich mit aller Entschiedenheit dagegen, als Benutzer eines Taschenmessers oder Multifunktionswerkzeugs von Ihnen mit Gewalttätern, Totschlägern oder Mördern gleichgestellt zu werden. Selbstverständlich werde ich Ihren politischen Standpunkt und Ihr zukünftiges Handeln bei diesem Thema zu einem zentralen Punkt künftiger Wahlentscheidungen machen. Die zu treffende Wahlentscheidung wird den Tag überdauern und ich werde den Bürgerprotest gegen die Kriminalisierung Unschuldiger mit allen legalen Mitteln unterstützen.

Ich erwarte von Ihnen, dass sie in der zukünftigen Diskussion zum Thema „Messer“ sachgerecht und lösungsorientiert argumentieren und auf jede Form der Stigmatisierung sowie der Ausgrenzung von unbescholtenen Bürgern verzichten.

Mit freundlichen Grüßen

[ Name ]